

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Klaus-Peter Hesse, Thomas Kreuzmann,
Heiko Hecht, Dennis Thering, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Elektromobilität weiter ausbauen

Hamburg bietet bereits vielfältige Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Neben einem gut ausgebauten ÖPNV, erfreuen sich „car2go“-Smarts und das unter dem schwarz-grünen Senat eingeführte „StadtRAD“ immer größerer Beliebtheit.

Zudem hat sich Hamburg das Ziel gesetzt, bis 2020 40 Prozent weniger und bis zum Jahr 2050 mindestens 80 Prozent weniger an CO₂ zu emittieren. Einen wesentlichen Anteil an den derzeitigen CO₂-Emissionen hat dabei der motorisierte Individualverkehr. Zwar macht sich der Trend von Biokraftstoffen emissionsmindernd bemerkbar, jedoch reicht dies bei weitem nicht aus, um dem ehrgeizigen Ziel der Emissionsminderung gerecht zu werden. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass in der Automobilindustrie ein deutlicher Trend hin zu Hybrid- und Elektroautomobilen erkennbar ist. Viele namhafte deutsche und internationale Automobilkonzerne verfügen bereits über Hybrid- oder reine Elektrofahrzeuge in der Serienproduktion oder arbeiten mit Hochdruck daran, diese auf den Markt zu bringen.

Hamburg, als Teilnehmer des im Jahr 2009 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gestarteten Förderprogramms „Modellregionen Elektromobilität in Deutschland“, verfügt bereits – im Gegensatz zu anderen deutschen und europäischen Metropolen – mit insgesamt 50 Parkplätzen inklusive der erforderlichen Ladestationen über eine gewisse Infrastruktur. Diese ist jedoch für eine flächendeckende Akzeptanz in der Bevölkerung und einen deutlich Anstieg der Absatzzahlen von Elektrofahrzeugen im innerstädtischen Raum noch unzureichend.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. dass das bereits im Hamburger Stadtgebiet existierende öffentliche Parkplatznetz mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Kooperation mit den Energieproduzenten ausgeweitet wird.
2. Gespräche mit den Betreibern von Parkhäusern in der gesamten Stadt aufzunehmen mit dem Ziel einer Kooperation zur Ausweitung des Ladenetzes und der Ladesäulen.
3. dass Hamburg – im Rahmen einer Bundesratsinitiative – eine Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) auf den Weg bringt, damit die bereits existierenden sowie zukünftigen Parkplätze mit Ladestationen anstelle eines eingeschränkten Halteverbotszeichens (Zeichen 286 StVO) mit einem absoluten Halteverbotszeichen (Zeichen 283 StVO) und einem Zusatzschild „Elektrofahrzeuge während des Ladevorgangs frei“ ausgestattet werden können.
4. dafür zu sorgen, dass die Träger der öffentlichen Verwaltung in Hamburg, soweit möglich, die Nutzung von Elektro- beziehungsweise Hybridfahrzeugen in ihren Fahrzeugflotten einführen beziehungsweise deutlich ausbauen und damit Vorbildfunktion für eine umweltgerechte Fortbewegung einnehmen.